



AfD Regionsfraktion
Hildesheimer Straße 20
30169 Hannover

Detlev Ulrich Aders

E-Mail:
AfD-
Fraktion@regionsversammlung.de

Hannover, den 31.07.2018



Thema

Anfrage gemäß § 56 S 2 NKomVG in Verbindung mit § 9 Geschäftsordnung
d. Regionsversammlung vom 15. November 2016.

+++ **Religiöses Mobbing an Schulen in der Trägerschaft der Region Hannover** +++

In Zeiten religiöser Auseinandersetzungen und Parallelisierung der deutschen Bevölkerung kann und wird dieses auch Thema unter Schülern sein. Es gibt zahlreiche Berichte in etablierten Medien über Vorkommnisse beginnender religiöser Konflikte und Beleidigungen auf dem Schulhof und im Schulalltag. Dabei ist dieses durchaus auch als Vorstufe zur Radikalisierung von Schülermeinungen in fundamentalistische Weltbilder zu sehen, dem entgegengetreten werden muss. Im Rahmen des im Schuljahr 2018/2019 stattfindenden Schulwettbewerbs der Region Hannover „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sollte dieses aktuelle Thema im Vordergrund stehen.

Der Begriff/ Tatbestand des „religiösen Mobbing“ wird stark in der Öffentlichkeit diskutiert. Hintergrund sind verschiedene, meist antisemitisch konnotierte Vorkommnisse im gesamten Bundesgebiet.

So machte bereits Bundesfamilienministerin Giffey auf die Dimension dieses Problems aufmerksam und betonte: „Antisemitismus an Schulen ist ein großes Problem. **Religiöses Mobbing** in Klassenzimmern und auf Schulhöfen müssen wir sehr ernst nehmen.“ (Rheinische Post, Familienministerin Giffey im Interview, 5.7.2018)

In einem Artikel der ZEIT wird von antisemitischen Mobbing an einer Berliner Elite- Schule berichtet. Hier hatten Schüler einen Klassenkameraden jüdischer Abstammung über einen längeren Zeitraum drangsaliert und beleidigt (vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2018-06/john-f-kennedy-schule-antisemitisches-mobbing>, abgerufen am 25.7.2018). Josef Schuster, Chef Zentralrat der Juden in

Deutschland äußerte daraufhin, dass „**religiös motiviertes Mobbing**“ häufig sei es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handle und solche Vorfälle an allen Schulformen und überall in Deutschland zu Tage trete (vgl. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2018-06/john-f-kennedy-schule-antisemitisches-mobbing>, abgerufen am 25.7.2018)



Zahlreiche Fälle von muslimischen Mobbing gegen Juden und Christen werden u.a. in Berichten im RBB und in der WELT vom 27.3.2018 beschrieben.

AfD Regionsfraktion
Hildesheimer Straße 20
30169 Hannover

Anfrage:

Detlev Ulrich Aders

1. Welche Richtlinien zur Bearbeitung und Meldung von Gewaltvorfällen gibt es für Schulen in Trägerschaft der Region Hannover?

E-Mail:

1a) Wird hierbei religiöses Mobbing oder Mobbing allg. spezifisch erfasst?

AfD-
Fraktion@regionsversammlung.de

2. Wie werden Fälle von Mobbing in Schulen in Trägerschaft der Region Hannover erfasst, dokumentiert und weitergeleitet? Wie verläuft der Meldeweg (z.B. an die Jugendämter)? Welche Behörden werden bei welchen Fällen eingeschaltet?



2a) Bei einem Fall, wie dem eingangs erwähnten antisemitischen Mobbingvorfall an der Berliner Schule: Wie würde hier der modellhafte Handlungs- und Meldeweg seitens der Schule aussehen?

2b) Werden religiöse bzw. religiös motivierte Mobbingvorfälle gesondert erfasst und bearbeitet seitens der Schule und kooperierenden Behörden?

3. Welche Möglichkeiten/ Handlungspläne der Krisen- und Gewaltprävention/ -intervention stehen Schulen/ Lehrkräften der Region zur Verfügung?

3a) Welche Maßnahmen / Akteure / Info- Broschüren etc. stehen Schulen/ Lehrkräften in der Region zur Prävention / Intervention von religiösen Mobbing zur Verfügung?

4. Stimmt die Regionsverwaltung den Aussagen der Bundesfamilienministerin und des Zentralrats der Juden zu, dass religiöses Mobbing an Schulen ein bundesweites Problem und somit auch ein Problem in den Schulen der Region Hannover ist?

4a) Wie gewichtet die Regionsverwaltung dieses Problem?

5. Wie viele Vorfälle sind der Regionsverwaltung bekannt, wo es an Schulen in Trägerschaft der Region Hannover zu Fällen von religiösen Mobbing/ religiös motivierter Gewalt an Mitschülern gekommen ist?

5b) Wenn keine Fälle bekannt sind: Welche Rückschlüsse zieht die Regionsverwaltung daraus?

6.

Kam es in Schulen der Region Hannover zu antisemitischen bzw. christenfeindlichen Straftaten mit muslimisch geprägter Tatmotivation? (Bitte Delikt nach StGB und Kurzsachverhalt schildern)

a) Wenn keine Fälle bekannt sind: Wurde für die Recherche zu dieser Frage der Datenbestand des kriminalpolizeilichen Meldedienstes (z.B. KPMD-PMK) einbezogen?

7.

a) An welchen Schulformen fanden die in Frage 2. Und 3. gemeldeten Fälle jeweils statt ?

b) In welchen Altersgruppen fanden die gemeldeten Fälle jeweils statt?

Mit freundlichen Grüßen

Detlev Ulrich Aders



AfD Regionsfraktion
Hildesheimer Straße 20
30169 Hannover

Detlev Ulrich Aders

E-Mail:
AfD-
Fraktion@regionsversammlung.de

